

# Erfurter Erklärung

Im Rahmen einer ver.di-Fachtagung in Erfurt zum Thema „Berufsbeamtentum im demokratischen Rechtsstaat“ wurde am 8. April 2025 die nachfolgende Erfurter Erklärung verabschiedet.

„Das bundesdeutsche Berufsbeamtentum hat sich als wichtige Säule des Rechtsstaats bewährt, es leistet einen wichtigen Beitrag für den Erhalt des sozialen Friedens. Die Beamtinnen und Beamten sind elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge und garantieren mit ihrer Arbeit die Funktionsfähigkeit des Staates und der Demokratie. Beamtinnen und Beamte sind die entscheidende Garantie für Sicherheit und Ordnung in Deutschland.“

Die Stimmenzuwächse für die rechte und zu nicht unerheblichen Teilen rechtsextreme AfD wurden von den Konferenzteilnehmenden als erstzunehmende Bedrohung für die Gesellschaft und die deutsche Demokratie charakterisiert. Die Konferenz befasste sich mit den möglicherweise zu erwartenden Angriffen auf das gesellschaftliche System und stellte 12 Kernforderungen auf:

1. Demokratie- und Verfassungsfeinde haben im öffentlichen Dienst nichts zu suchen.
2. Wir müssen den öffentlichen Dienst resilient gegenüber den Feinden der Demokratie aufstellen.
3. Das Berufsbeamtentum und der öffentliche Dienst sollen zukunftsfähig aufgestellt werden. Hierzu gilt es, das Laufbahnrecht zu modernisieren. Dazu gehört zum Beispiel, dass Quereinsteigende bessere Chancen bekommen. Diese müssen aber auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.
4. Vor allem ist das Image des öffentlichen Dienstes und die Wertschätzung der dort geleisteten Arbeit grundlegend zu verbessern.
5. Jede Form von Gewalt gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist zu verfolgen. Hierbei unterstützen wir die DGB-Kampagne „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“.
6. Der demographische Wandel und der damit verbundene Fachkräftemangel sind Probleme, die schnell und nachhaltig gelöst werden müssen. Aus diesen Gründen ist es dringend notwendig, den öffentlichen Dienst für Nachwuchs attraktiver zu machen.
7. Die verfassungsgemäße Alimentation ist – wie das auch höchstrichterliche Urteile fordern - unverzüglich umzusetzen.
8. Die Folgen der seit 2005 laufenden Föderalismusreform sind für das Berufsbeamtentum fatal. Es wird daher gefordert, die negativen Folgen der Föderalismusreform zu bekämpfen und wieder zu einem einheitlichen Beamtenrecht zurückzukehren.
9. Die Unabhängigkeit der Beamtinnen und Beamten ist eine Säule der Demokratie. Beamtinnen und Beamte sind dem Grundgesetz, nicht Parteien oder Politikern verpflichtet. Ihr Recht auf und ihre Pflicht zur Remonstration ist rechtssicher zu gestalten und auszubauen.
10. Es muss zügig über neue Besoldungs- und Arbeitszeitmodelle nachgedacht werden.
11. Ein wesentlicher Baustein für die Entwicklung des Berufsbeamtentums ist ein Ausbau der Mitbestimmung und die verstärkte Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten zum Beispiel bei der Festlegung von Arbeitsbedingungen und Besoldung.

12. Bei der aktuellen Tarifrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen gibt es jetzt zwar ein Tarifergebnis aber leider keine Aussage darüber, ob dieses zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird. Auch dies ist in der aktuellen Situation ein schlechtes Zeichen und eine mangelnde Wertschätzung gegenüber den Beamtinnen und Beamten. Das Versäumnis der nicht erfolgten zeit- und wirkungsgleichen Übertragungszusage ist nach Regierungsbildung unverzüglich nachzuholen und ein entsprechender Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen.

**Diese Forderungen können nur der Beginn sein, um für Demokratie und Menschenrechte einzutreten. Demokratie muss auch immer wieder aktiv gelebt werden, dies dürfen wir nie vergessen. Wir müssen deshalb gemeinsam unsere Stimme erheben gegen rechte und rechtsextreme Tendenzen in der Gesellschaft und im öffentlichen Dienst, jeden Tag aufs Neue.“**